



Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga

Sehr geehrte Damen und Herren

Stellungnahme der Piratenpartei Schweiz zum Entwurf des Bundesgesetzes über Pilotprojekte zu Mobility-Pricing

Bezugnehmend auf Ihre Vernehmlassungseröffnung vom 3. Februar 2021 nehmen wir gerne Stellung und würden es zukünftig sehr begrüßen, wenn wir in ihre Adressatenliste aufgenommen werden.

Im Weiteren finden wir Piraten es sehr bedenklich, dass Sie für die Stellungnahme auf eine proprietäre Software verweisen (Word der Firma Microsoft), wo es doch heute zahlreiche offene und freie Dateiformate gibt. Wir entsprechen ihrem Wunsch mit einer docx-Datei, welche sogar in neueren Word Versionen geöffnet werden kann.

Zu unserer Stellungnahme:

Grundsätzliches

Das vorliegend geplante Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility-Pricing wird bezüglich des Datenschutzes weitreichende Folgen haben. Dennoch ist der Entwurf diesbezüglich noch lückenhaft. Insbesondere fordern wir mehrere konkrete gesetzliche Vorgaben um den Datenschutz auf ein verantwortliches Niveau zu heben.

Zusätzlich haben wir mehrere grundsätzliche Anmerkungen bezüglich der Stossrichtung dieses Gesetzes:

- Die Piraten vermissen komplett ursachenorientierte Lösungsansätze um die eigentliche Kernproblematik zu behandeln - die Spitzenauslastung der Verkehrsinfrastruktur zu senken. Die Piraten fordern deshalb flankierende Massnahmen: Der Bund muss sich bemühen Homeoffice und liberale Arbeitszeitmodelle zu fördern. Ein zweiter Ansatz wäre beispielsweise den Unterrichtsbeginn von Schulen auf einen späteren Zeitpunkt zu legen, so dass deren Anreise ausserhalb der Kernreisezeiten von Berufspendlern liegt. Als weiteren Punkt vermissen die Piraten Konzepte bezüglich innovativer Transportsysteme wie autonomes Fahren.



- Beim Strassenverkehr wird das wirksam lenkende Mittel der Mineralölsteuer nicht ausgeschöpft, so dass die Margen der Händler immer noch erschreckend hoch sind und wir in der Schweiz dennoch tiefere Preise als im umliegenden Ausland haben. Diese Bandbreite sollte im Sinne der Lenkungsabgaben ausgeschöpft werden.
- Bei der Mineralölsteuer sind zu viele Ausnahmen definiert, welche bürokratisch aufwändig und dennoch von marginalem gesamtgesellschaftlichen Nutzen sind (Pistenfahrzeuge, Militär etc.). Alle diese Ausnahmen gilt es abzuschaffen, im Sinne der Effizienz, Transparenz und Gleichbehandlung. Förderungsbeiträge können ohne verzerrende Ausnahmen der Mineralölsteuer geregelt werden.
- Im öffentlichen Verkehr führen unzählige Flatrate-Angebote zum entgegengesetzten Effekt wie das Mobility Pricing. Eine Kombination der beiden Modelle muss verhindert werden. Einen Vorschlag machen wir im entsprechenden Artikel.
- Der Forderung nach privacy by design im erläuternden Bericht steht KEIN passender Gesetzesartikel gegenüber.

Abschnitt 2, Pilotprojekte im Bereich des motorisierten Individualverkehrs:

Art. 7. Abs 2 b. Militärfahrzeuge (streichen)

Hier fehlen Artikel bezüglich Datenschutzes (analog Artikel 12) und zusätzliche Bestimmungen zu Bewegungsprofilen und anonymer Nutzung. Forderung:

Art. 7bis (neu)

Den Abgabepflichtigen muss ermöglicht werden, die Mobility-Pricing-Abgabe so zu entrichten, dass keine Rückschlüsse auf die Person möglich sind.

Bewegungsprofile sind nur mit anonymisierten Daten erlaubt, welche keine Rückschlüsse auf Personen erlauben.

Die Daten müssen so anonymisiert werden, dass Bewegungsprofile nur über Zyklen von höchstens 24 Stunden möglich sind.

Für Mobility-Pricing-Abgaben sind zusätzlich Prepaid-Modelle vorzusehen, welche eine anonyme Nutzung ohne Motorfahrzeug- oder personenbezogene Daten ermöglichen.



Abschnitt 3, Pilotprojekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs:

Wie bereits geschrieben sind Flatrate- oder Rabatt-Angebote widersprüchlich zu Mobility Pricing Angeboten. Kombinationen der beiden Modelle sind zu verhindern. Forderung:

Art. 11 (geändert) Verbot von Tarifsenkungen, Flatrate und Rabattangeboten

Abs 2 (neu) Transportunternehmen, welche Flatrate- oder Rabatt-Angebote anbieten (Monats- oder Jahreskarten, vergünstigte Mehrfahrtenkarten etc.) müssen diese während der Dauer von Pilotprojekten sistieren, sofern sie zeitlich oder räumlich deckungsähnlich sind. Segmentierungen, wie z.B. komplett freier ÖV Transport für unter 25-jährige, bei gleichzeitigem Mobility Pricing aller anderen sei dabei explizit erlaubt.

Im Weiteren fehlen Ausführungen bezüglich Datenschutz Bestimmungen zu Bewegungsprofilen und anonymer Nutzung. Forderung:

Art 12, Abs 2 (neu) Für Mobility-Pricing-Tarife sind Prepaid-Modelle vorzusehen, welche eine anonyme Nutzung ohne personenbezogene Daten ermöglichen.

Bewegungsprofile sind nur mit anonymisierten Daten erlaubt, welche keine Rückschlüsse auf Personen erlauben.

Abschnitt 4, Genehmigung und Bewilligung von Pilotprojekten

Im erläuternden Bericht steht explizit, "Dem Datenschutz ist bereits bei der technischen Systemkonzeption Rechnung zu tragen (privacy by design)."

Im Gesetz verbleibt nur noch eine "Vereinbarkeit des Pilotprojekts mit den kantonalen Datenschutzbestimmungen" (ziemlich viele verschiedene notabene) sowie beim Gesuch um finanzielle Beteiligung des Bundes "Angaben zum Datenschutz."

Für die Piraten ist es inakzeptabel, dass der Wortlaut so nicht übernommen wird. Forderung:

Art. 16 (geändert)

n. (neu) Konzeption und Umsetzung des Datenschutzes nach dem Prinzip privacy by design.



Schlussbemerkungen

Wir beschränken uns in dieser Stellungnahme auf unsere Kernanliegen. Bei Verzicht unsererseits auf umfassende allgemeine Anmerkungen oder auf Anmerkungen zu einzelnen Regelungen, ist damit keine Zustimmung durch die Piraten zu solchen Regelungen verbunden.

Kontaktdetails für Rückfragen finden Sie im Begleitschreiben.

Piratenpartei Schweiz, Arbeitsgruppe Vernehmlassungen, 17. Mai 2021

